



Meinung und Einstellungen können sich im Zeitverlauf ändern. Mittels der *Digitize!*-Umfrage, die bereits zum dritten Mal zwischen November 2022 und März 2023 stattgefunden hat, können Veränderungen über die Zeit dargestellt werden.

Dieser Einblick in die *Digitize!*-Umfrage zeigt, welche Themen zum Zeitpunkt der jeweiligen Umfrage als am Wichtigsten eingeschätzt wurden und welche im Vergleich zum Vorjahr an Bedeutung verloren haben. Des Weiteren beschäftigen wir uns mit der Demokratiezufriedenheit der Österreicher*innen und deren Besorgtheit über den Klimawandel, je nach persönlicher Einkommenssituation.

Die folgenden Seiten geben ebenfalls Einblick in Ansichten der Österreicher*innen zu der Effektivität von Protesten, der Legitimität von zivilem Ungehorsam und dem Durchgreifen der Polizei.

Eckdaten der *Digitize!*-Befragung

- **Befragungszeitraum:**
24. November 2022 – 28. März 2023
- **Umfragedauer (Median):**
25,8 Minuten
- **Anzahl der Umfrageteilnehmer*innen:**
n = 2.269
- **Geschlechterverhältnis:**
49,7 % weiblich
50,3 % männlich
- **Alter:**
Zwischen 17 und 81 Jahre;
durchschnittlich: 45,2 Jahre
- **Haushaltgröße:**
14,7 % Einpersonenhaushalte,
36,8 % Zweipersonenhaushalte,
42,6 % Haushalte mit drei Personen oder mehr; durchschnittlich 3,8 Personen
- **Familienstand:**
73,2 % in einer Partnerschaft / Ehe
18,9 % Single
7,8 % Verwitwet oder Geschieden

Die Wichtigkeit von Themen ändert sich

Was beschäftigt Österreich zum Zeitpunkt der Umfrage am meisten? Dieser Frage geht die *Digitize!*-Umfrage in jeder Befragung nach. Denn die Einschätzung, was gerade das wichtigste innenpolitische Thema ist, kann sich ändern. Abbildung 1 zeigt, wie wichtig diverse Themen für Respondent*innen in den jeweiligen *Digitize!*-Befragungswellen waren.

Als wichtigste Themen werden „Umweltschutz und Klima“, „Gesundheit und Pflege“ sowie „Wirtschaftspolitik“ erachtet. Aktuelle Debatten um Inflation und Arbeitsbedingungen machen sich besonders in den Umfrageergebnissen bemerkbar. In der Umfrage von November 2022 bis März 2023 war „Wirtschaftspolitik“ für 8,4% der Befragten das wichtigste Thema. Das sind mehr als doppelt so viele wie knapp ein Jahr zuvor.

Mit einem Anstieg von 6,1 Prozentpunkten wurde das Thema „Asylpolitik“ ebenfalls etwas häufiger als das wichtigste Thema genannt. Als deutlich weniger wichtig wurde das Thema „Covid19/Coronakrise“ wahrgenommen. Dieser Trend spiegelt die Debatten um Migration und Asylpolitik bzw. den Rückgang der SARS-CoV-2 Infektionen wider.

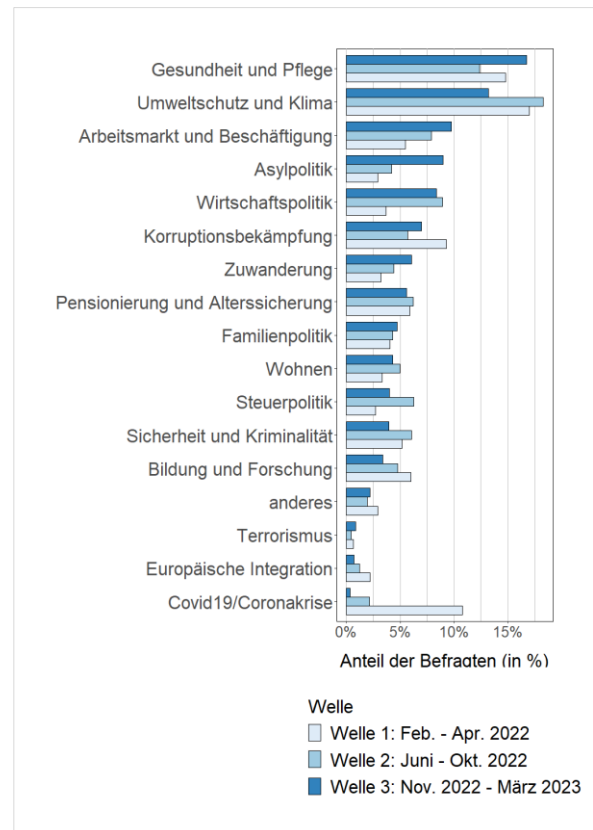


Abbildung 1: Wichtigstes innenpolitisches Thema im Zeitvergleich

Demokratiezufriedenheit bleibt niedrig

Ein weiterer Bestandteil der *Digitize!*-Umfrage ist die Beurteilung der Zufriedenheit mit der Demokratie in Österreich. Auch hier lässt sich durch die regelmäßige Erhebung einschätzen, wie sich Demokratievertrauen entwickelt.

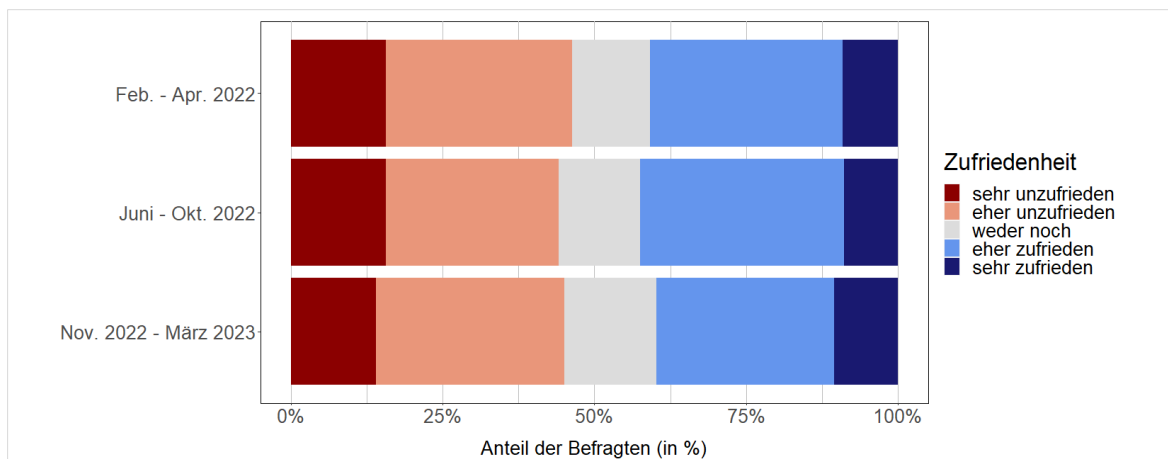


Abbildung 2: Demokratiezufriedenheit in Österreich im Zeitvergleich

Wie Abbildung 2 zeigt, sind 39,8% der Befragten der dritten *Digitize!*-Umfrage „sehr“ bzw. „eher zufrieden“ damit, wie die Demokratie in Österreich funktioniert, knapp 45% hingegen „sehr“ bzw. „eher unzufrieden“. Zwischen den verschiedenen Befragungswellen zeigen sich hierzu kaum Veränderungen. Es erhöhte sich lediglich der Anteil derer, die weder zufrieden noch unzufrieden sind. Während in der ersten *Digitize!*-Befragung nur 12,9% der Befragten weder zufrieden noch unzufrieden waren, stieg dieser Anteil in der zweiten Befragung auf 13,4% und in der dritten Umfrage auf 15,2%.

Mehr Klimasorgen bei besserer Einkommenssituation

Klima ist nach wie vor eines der Themen, das die Befragten sehr beschäftigt. Wie bereits in den *Digitize!*-News zur [ersten](#) und zur [zweiten](#) Befragung beschrieben, ist ein Großteil der Befragten über den Klimawandel sehr besorgt. Die Besorgtheit variiert jedoch je nach politischer Einstellung der Befragten. In Abbildung 3 zeigen wir nun, wie sich die Sorge vor dem Klimawandel je nach Einkommenssituation der Respondent*innen unterscheidet.

Die Gruppe der Befragten, die nach eigenen Angaben sehr gut mit ihrem Einkommen zurechtkommt, ist am besorgtesten. 78% geben an, „sehr“ bzw. „eher besorgt“ zu sein, lediglich 16,1% in dieser Einkommensgruppe sind hingegen (eher) unbesorgt.

Der Anteil derer, die „überhaupt nicht“ bzw. „nicht besorgt“ über den Klimawandel sind, steigt, je schlechter die Befragten mit ihrem Einkommen zurechtkommen. 55,9% der Befragten mit sehr schlechter Einkommenssituation geben an, über den Klimawandel besorgt zu sein, während sich 38,1% dieser Einkommensgruppe als (eher) unbesorgt einstufen.

Dies könnte verschiedene Erklärungen haben. Möglicherweise sind Personen, die schlechter mit ihrem Einkommen zurechtkommen, primär mit anderen Themen des Alltags beschäftigt. Liegen akute finanzielle Schwierigkeiten vor, kann die Alltagsbewältigung eine größere Herausforderung darstellen und Besorgnis auslösen als der Klimawandel per se.

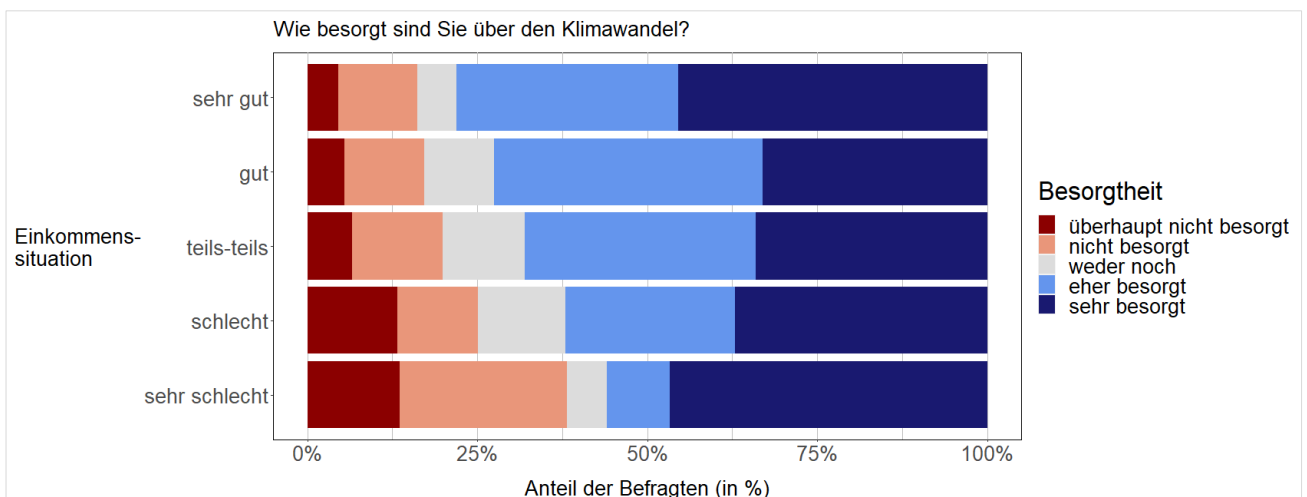


Abbildung 3: Besorgtheit über den Klimawandel (nach Einkommenssituation)

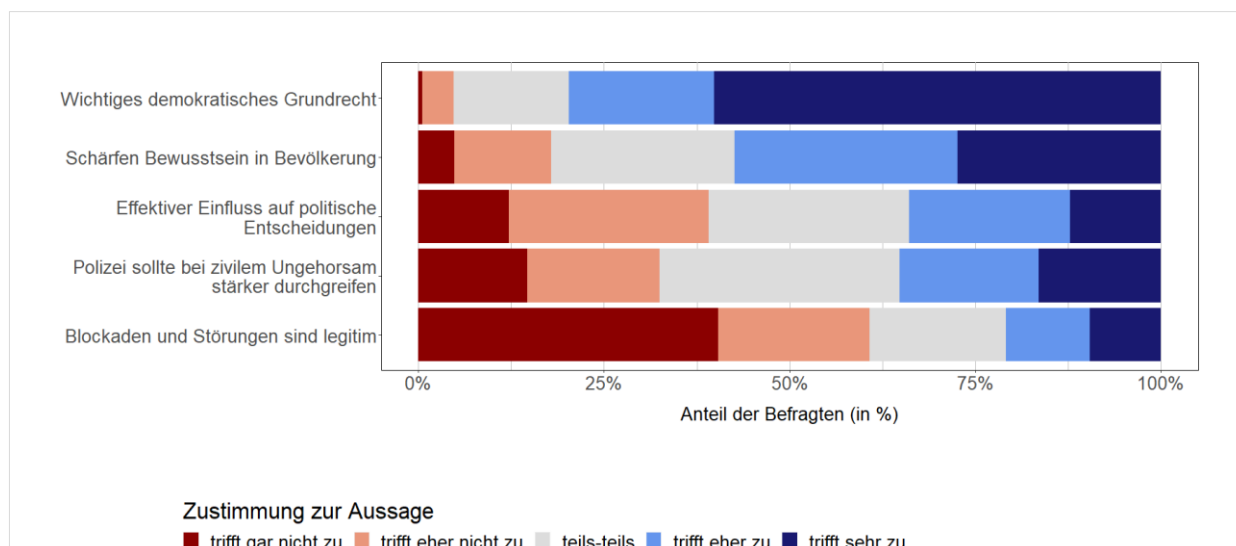


Abbildung 4: Einstellung zu Demonstrationen

Proteste, ja, aber keine Blockaden!

Meinungs- und Versammlungsfreiheit – und damit auch die Freiheit zu demonstrieren – zählen zu den Grundrechten, die durch internationale Verträge, europäisches Recht und die österreichische Verfassung verankert sind. Sie sind eine Möglichkeit, Unmut über die Politik zum Ausdruck zu bringen.

Teilnehmer*innen des *Digitize!*-Panels hatten in dieser Befragung die Möglichkeit, ihre Einstellungen zu Protesten mitzuteilen. Wie Abbildung 4 zeigt, hält eine große Mehrheit der Befragten das Demonstrationsrecht für ein wichtiges demokratisches Grundrecht. Lediglich 4,7% der Respondent*innen stimmen dieser Aussage „gar nicht“ bzw. „eher nicht“ zu.

Der Einfluss von Protesten wird jedoch differenziert betrachtet. 57,4% der Befragten

finden, dass Demonstrationen das Bewusstsein für ein Thema in der Bevölkerung schärfen können. Aber nur 33,9% sind der Meinung, dass Demonstrationen auch einen Einfluss auf politische Entscheidungen ausüben können.

Manche Protestaktionen finden wenig Rückhalt in der Bevölkerung. 60,8% sind der Meinung, dass Blockaden und ähnliche Störungen kein legitimes Protestmittel sind. 20,9% hingegen befürworten diese Protestmethoden.

Auch wenn eine Mehrheit der Befragten diese Formen des zivilen Ungehorsams ablehnt, ist der Anteil derer, die finden, dass die Polizei diesbezüglich stärker durchgreifen sollte, geringer – insgesamt sehen dies 35,2% der befragten Panelist*innen so. Dies ist in etwa ähnlich groß wie der Anteil derer, die dieser Aussage teils-teils zustimmen (32,4%).

Das *Digitize!*-Projekt ist eine Kooperation der Universitäten Wien, Linz, Salzburg, Graz und Innsbruck. Zu den Projektzielen gehören die Forschung zu digitalen Datenerhebungsmethoden, die Etablierung forschungsethischer und rechtlicher Standards sowie die Weiterentwicklung digitaler Lehre.

Erfahren Sie mehr über das **Digitize!-Projekt** unter: <https://digitize-transformation.at/das-projekt/>

Die *Digitize!*-Onlineumfrage ist Teil des *Digitize!*-Projekts. Mehrmals pro Jahr wird eine kleine Zufallsauswahl von Personen ab 16 Jahren mit Wohnsitz in Österreich zu der Umfrage eingeladen. Für ein möglichst repräsentatives Meinungsbild erfolgt die Anzahl der Einladungen proportional zur Bevölkerungszahl der Bundesländer.

Erfahren Sie mehr über die **Digitize!-Umfrage** unter: <https://digitize-transformation.at/umfragen/>